

Wildgarten: Leser am Wort

Beim Südwestfriedhof sollen 1.100 Wohnungen für rund 3.000 Menschen gebaut werden.

Am Emil-Behring-Weg soll schon ab kommendem Jahr gebaut werden. Die Bauhöhe einiger Häuser und die mangelnde Öffi-Infrastruktur am Hetzendorfer Areal sorgen bei den Anrainern für Widerstand. Auch in der bz-Redaktion sind viele Mails eingegangen (Auszüge siehe rechts).

Auf die Bedenken sei bereits reagiert worden, so Sabine Gagg, Sprecherin des Bauträgers ARE: „Die höchsten Gebäude wurden von der Kleingartensiedlung weggerückt und in ihrer Anzahl reduziert.“ Zusätzlich könnte ein S-Bahn-Ausbau erfolgen. Einen fixen Plan dafür gibt es aber noch nicht.

Robert M.:

„Wer den Teil des Bezirks, in dem das neue Wohnprojekt „Wildgarten“ entstehen soll, kennt, weiß, dass dort keine ausreichende Infrastruktur für so viele Wohneinheiten existiert. Keine Schulen, keine Nahversorgung, sehr schlechte öffentliche Anbindung usw.“

Helmut W.:

„Ich persönlich finde die politische Entscheidung zu diesem Projekt sehr unglücklich! Warum lässt man diesen Bereich mit höchster Lebensqualität nicht bestehen?“

Richard G.:

„Es ist mir völlig unverständlich, wie leichtfertig hier Bauklassen geändert werden. Und was für jeden Kleingarten- und Hausbauer eine unüberwindbare Hürde ist, scheint für große Bauträger bestenfalls eine Formalität zu sein. Hier sieht man wieder, wie Anrainerrechte mit Füßen getreten werden.“

Roman B.:

„Dem Wildgarten-Projekt stehe ich sehr argwöhnisch gegenüber. Die massive Umwidmung des Geländes von Bauklasse 2 auf 5 macht mich sehr stutzig. Woher die plötzliche Sinnesänderung?“

Renate D.:

„Wie sollen so viele Personen mit Autos und öffentlichen Verkehrsmitteln transportiert werden? Es gibt z. B. keine direkte Verbindung mit Offis zur Breitenfurter Straße! Meiner Meinung nach ist die ganze Verkehrslage, sei es mit Offis oder mit Pkws, nicht gut durchdacht.“

Ingrid K.:

„Mit Ärger und Enttäuschung verfolge ich die Entwicklung des Projekts „Wildgarten“. Obwohl der Stadtentwicklungsplan eine vollkommen andere Bebauungsstruktur vorsieht, setzen sich hier offensichtlich politische Interessen durch.“

